

Protokoll des Treffens der AG NPuG am 2.07.2018, 18 Uhr, im "Il Caminetto"

Anwesende: Volker, Martin, Carlo, Ekkehard (Protokoll)

Entschuldigt: Wolfgang

TOP 1 Das Neueste von der Energiewende

Volker berichtet. Das ausführliche Abstract seines Referats s. am Ende des Protokolls.

TOP 2 Einladung von die Linke Karlsruhe

Carlo berichtet über eine Einladung von Michel Brandt, dem Karlsruher BT-Abgeordneten der Linken. Es wird ein Vernetzungsgespräch und ein Meinungsaustausch insbesondere zum Thema "Unternehmensverantwortung" vorgeschlagen. Wir begrüßen dies, die Meldung soll auch über den NPuG-Verteiler verbreitet werden.

TOP 3 Aktionskonferenz des Netzwerks Gerechter Welthandel

Ekkehard zitiert aus dem Abschlussdokument der Aktionskonferenz sowie aus weiteren vorliegenden Dokumenten zu einem gerechten Welthandel von Seiten des Netzwerks, von Campact und von MehrDemokratie e.V.. Am 29.9. soll ein überregionaler Aktionstag stattfinden mit dem Schwerpunkt "CETA" verhindern.

Griffige und Kampagnenfähige Kurzbeschreibungen eines gemeinsamen Konzepts für einen gerechten (und nachhaltigen) Welthandel sind anscheinend noch nicht in Sicht.

TOP 4 MDMagazin 3/2018 zu "EU-Außenhandel" und "Wasserschutz"

Martin stellt 2 interessante Artikel aus der neuen Ausgabe des Magazins von MehrDemokratie e.V. vor:

Ein Artikel zum Thema

"HAUPTSACHE HANDEL?"

Alte und neue Handelsverträge der EU nehmen Kritik nicht ernst und wiederholen alte Fehler."

sowie ein Weiterer zum Thema

"DAS WASSER SCHÜTZEN MIT DIREKTER DEMOKRATIE

In Schleswig Holstein hat die „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“ mehr als 42.000 Unterschriften eingereicht. Werner Küppers vom OMNIBUS hat die Volksinitiative mit vorangebracht und berichtet im Interview von seinen Erfahrungen."

(Betrifft die Fracking-Technologie)

Beide Artikel können hier nachgelesen werden:

https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2018-07-02_mdmagazin03-2018.pdf

Termine:

Klausur von Attac-KA: 7.7., 14 - 18 Uhr Ort wird noch ermittelt

Voraussichtliche Teilnahme bitte melden an Sigi mail@mutschler-firl.de

Nächstes KoKreis-Treffen: Mittwoch 18.7., 18 Uhr, bei Albrecht Kappis, Bismarckstr. 13

Nächstes NPuG-Treffen: Montag 23.7. oder Mo 30.7. ??? Wird noch abgeklärt.

Nachtrag zu TOP 1:

Volker Brandl

2.7.18

Neues von der Energiewende – im Juni 18

I. Internationale Ebene

1. Langfristiger Haushaltsplan der Europäischen Union ab 2020. In diesem Plan (vorgelegt Anfang Mai 2018) ist vorgesehen, dass jeder vierte Euro in den Klimaschutz fließt. Der Plan hat insgesamt ein Volumen von 1.280 Milliarden Euro.

Allerdings hat die EU eine andere Vorstellung vom Klimaschutz als europäische Klimaschützer. So bemängelt die Klimaschutzorganisation „CAN Europe“, dass transformative Investitionen fehlen"; dass mehr als 50 Prozent der Gelder in Agrarsubventionen fließen. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Stärkung der Energieeffizienz bleibe somit nur ein kleiner Teil.¹

2. Die Planung der Energiewende auf EU-Ebene ist ein gutes Stück vorangekommen: EU-Parlament und Mitgliedsstaaten haben sich am 14. 6.18 – gemäß Vorschlägen der EU-Kommission – auf Folgendes geeinigt: Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch (also z.B. auch Heizen und Kraftstoffe) auf 32 Prozent steigen. Zurzeit liegt der Erneuerbaren-Anteil bei etwa 17 Prozent.

Die Verhandlungen zur Steigerung der Energieeffizienz bis 2030 sind allerdings vorerst gescheitert. Dazu soll es eine neue Verhandlungs-Runde geben.

¹ <https://www.klimareporter.de/europaische-union/eu-will-ein-viertel-des-haualts-fuer-den-klimaschutz-ausgeben>

Deutschland übrigens, dem lange ein Ruf als Energiewende-Vorreiter vorauselte, hatte sich bei einer vorbereitenden Ratssitzung als Bremser gezeigt. Während die Minister aus Spanien, Italien oder den Niederlanden für ehrgeizigere Vorgaben plädierten, sagte Wirtschaftsminister Peter Altmaier, man habe sich ja schon auf das Parlament zubewegt – jetzt sei das Parlament dran. Altmaiers bemerkenswerte Begründung: "Die Bürger und Bürgerinnen der EU verlieren das Vertrauen in die Politik, wenn sie feststellen, dass wir sehr ambitionierte Ziele haben – und ein paar Jahre später stellt sich heraus, dass wir weit davon entfernt sind, sie zu erreichen."

Umweltschützer von Greenpeace loben zwar eine am Rande der Verhandlungen vereinbarte Regelung, nach der auf den Eigenverbrauch von erneuerbarem Strom ab 2026 in ganz Europa keine Entgelte mehr anfallen sollen, kritisieren aber das 32-Prozent-Ziel als deutlich zu schwach. Der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) sprach sogar davon, dass nur ein "Minimalkonsens" erzielt worden sei. Und DNR-Generalsekretär Florian Schöne sagte "Notwendig für eine ernstzunehmende Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wäre ein Ausbauziel von 45 Prozent". (Zumindest theoretisch ist das sogar noch möglich: EU-Parlament und Ministerrat wollen das Ziel in fünf Jahren nochmal überprüfen – und dann vielleicht auch verschärfen.)²

Dieses Ziel – 32 Prozent – soll Teil eines europäischen Rahmengesetzes werden im sogenannten Paket "Saubere Energie für alle". Nach der formalen Genehmigung durch EU-Parlament und Ministerrat soll das Gesetz in einigen Monaten im EU-Amtsblatt veröffentlicht und 20 Tage später in Kraft treten. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen die Vorgaben dann innerhalb von 18 Monaten in eigenes Recht fassen. Für Deutschland heißt das wieder einmal: Die EU schiebt an. Der vollständige Kohleausstieg ist damit wahrscheinlicher geworden, er wird vielleicht rascher kommen, als die gegenwärtige deutsche Regierungs-Koalition erkennen lässt.³

3. Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Mitte Juni 18 ein geleaktes Papier dieses Gremiums bezüglich des Pariser 1,5-Grad-Zieles bekannt geworden. Das IPCC macht darin Dampf vor allem bezüglich Kohle.⁴

4. Petersberger Klimadialog. Die Welt ändert sich, und die internationale Klimapolitik braucht dringend neue Anstöße – eine Aufgabe für den am 18.6.18 stattgefundenen Klimadialog. Zu ihm lud Deutschland – gemeinsam mit Polen, das die Präsidentschaft des nächsten Klimagipfels im Dezember in Katowice innehat – achtzehn Minister aus 35 Entwicklungs- und Industrieländern ein. Die zweitägigen Gespräche sollten in einem lockeren Rahmen stattfinden.

Diskutiert wurde dort z.B. Folgendes: Die Entwicklungsländer wollten wissen, ob die Industrieländer zu ihren Klimafinanz-Zusagen stehen, obwohl die US-Regierung weitgehend ausfällt. Konferenzteilnehmer wollten auch wissen, ob Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr Versprechen einhält, bis 2020 den deutschen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung im Vergleich zu 2014 zu verdoppeln. Und ob sie eine ambitionierte Wiederauffüllung des 2015 in Paris beschlossenen „Green Climate Fund“ unterstützen will, dessen zunächst bereitgestellte Mittel bereits abgerufen sind.

² <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/1-5-grad-ziel-erfordert-abschied-von-der-kohle>; und: <https://www.klimareporter.de/europaische-union/eu-will-32-prozent-erneuerbare-im-jahr-2030>

³ <https://www.klimareporter.de/erdsystem/nachhaltige-klimaschutzmassnahmen-heilige-kuehe-und-eine-mahnung-an-die-kanzlerin>

⁴ <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/1-5-grad-ziel-erfordert-abschied-von-der-kohle>

Nicht zuletzt schaute die Welt während der Konferenz auf Deutschland: Wird nach Jahren stagnierender Emissionen endlich ernst gemacht mit einem Kohleausstieg, der sich an den Klimazielen von Paris orientiert? Und was macht Deutschland, um die drastische Lücke zum Klimaziel für 2020 zu schließen? Und schließlich: Ermöglicht Deutschland ausreichend starke europäische Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (s.o.), damit die EU vor 2020 tatsächlich ihr Ziel für 2030 erhöhen kann?

Dialogthemen am Petersberg waren auch: Zwischen 2018 und 2020 sollen insbesondere die Industrieländer erstmals ihre nationalen Klimaziele nachschärfen, um die Lücke zu den in Paris beschlossenen Temperaturzielen - von "deutlich unter zwei Grad" und „möglichst 1,5 Grad“ – zu verringern. Die EU könnte bei verschärften Zielen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien zumindest einen ersten Schritt in diese Richtung ankündigen.

Beim Petersberger Klimadialog sollte es aber auch darum gehen, die schwierigen Verhandlungen über ein Regelbuch voranzubringen, in dem z.B. folgende Details der Erfüllung des Paris-Abkommens geregelt werden sollen: Wie viel Transparenz und welche Berichte wird es im zukünftigen Prozess geben? Wie werden die verschiedenen Treibhausgase oder der Waldschutz berechnet? Was darf bei der Klimafinanzierung angerechnet werden? Viele Details sind zu klären, damit das Vertrauen in die Wirkkraft des Paris-Vertrags wirklich hoch bleibt?⁵

5. Spitzentreffen von Merkel und Macron in Meseberg. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron wollen die Europäische Union reformieren – und haben sich am 19.6. 18 u.a. auch auf gemeinsame Positionen für die Klimapolitik geeinigt.

In der gemeinsamen Gipfelerklärung gibt es auch einen Absatz zum Klimaschutz. So wollen Deutschland und Frankreich für die EU eine Strategie zum langfristigen Klimaschutz bis 2050 entwickeln. Zur Hälfte des Jahrhunderts will der Staatenbund seinen Treibhausgasausstoß gegenüber 1990 um 80 bis 95 Prozent gesenkt haben – wie es dorthin kommt, ist noch nicht klar.

Die beiden Länder wollen nun "sicherstellen", dass sich die EU auf dem Weltklimagipfel im Dezember im polnischen Katowice verpflichtet, ihr Klimaziel für 2030 zu verschärfen. (Bislang hat die EU versprochen, ihre Emissionen bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, konkrete Ziele für einzelne Sektoren gibt es allerdings noch nicht.)

Laut Paris-Abkommen sollen die Länder ihre Klimaziele, wie sie sie dem Vertragstext beigelegt haben, alle fünf Jahre überprüfen und aktualisieren. Die Hoffnung ist: nach oben. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für die erste "Nachbesserungsrunde" im Jahr 2020. Es ist einer der Gründe dafür, dass der Katowice-Gipfel als der wichtigste seit dem in Paris 2015 gilt.

Ob die EU ein höheres Gebot abgibt, liegt freilich nicht nur in den Händen von Macron und Merkel. Hinzu kommt, dass Deutschland zuletzt eher als Bremser aufgetreten ist, z.B. als es um die Ziele der EU bei der Energiewende ging oder um neue Schadstoff-Grenzwerte für Kohlekraftwerke – also um Maßnahmen, mit denen die EU ihre Klimaziele, ob nun die aktuellen oder neue, überhaupt nur erreichen kann.

Neu angekündigt ist u.a. eine gemeinsame High-Level-Arbeitsgruppe zum Klimaschutz, in der politisches Spitzenpersonal beider Länder an der künftigen Zusammenarbeit feilt und gemeinsame

⁵ <https://www.klimareporter.de/international/rueckenwind-in-einer-kritischen-phase-der-klimadiplomatie>

Positionen erarbeitet. Dabei soll es um die Energiewende gehen und um finanzielle Anreize für nachhaltiges Wirtschaften. Ausdrücklich ist die Bepreisung von Kohlendioxid-Emissionen als Schwerpunkt genannt. Macron wirbt schon lange für einen europäischen CO₂-Preis, der anders als der europäische Emissionshandel nicht nur den Stromsektor betreffen würde, sondern z.B. auch den Verkehr, das Heizen und Kühlen sowie die Landwirtschaft.⁶

II. Die klimapolitische Situation in Deutschland

1. Die sogenannte „Kohlekommission“. Am 26.6.18 ist die "Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" – nach monatelanger Verspätung - zum ersten Mal zusammen getreten. Sie soll bis Ende des Jahres Ergebnisse vorlegen.

Insgesamt 31 Menschen gehören der Kommission an. Abgesehen von den vier Vorsitzenden der "Kohlekommission" kommen sieben Mitglieder aus Industrie und Wirtschaft, fünf aus der Wissenschaft, drei von Umweltverbänden und drei aus Gewerkschaften. Weitere fünf Mitglieder sind Vertreter der Braunkohle-Regionen. Dazu kommt die CSU-Politikerin Gerda Hasselfeldt, deren Beteiligung Innenminister Horst Seehofer (CSU) zuletzt noch durchgesetzt hatte.

Nur zehn der 31 Mitglieder sind Frauen. Die Männer stellen mit 21 Personen die Mehrheit. Auch in anderer Hinsicht ist die Besetzung der Kommission wenig ausgewogen, etwa in der Altersstruktur. Personen jenseits der 50 sind stark in der Mehrheit – obwohl es um ein ausgesprochenes Zukunftsthema geht und Entscheidungen getroffen werden sollen, die Folgen für viele Jahrzehnte haben werden.

Überrepräsentiert ist auch die Union. Neun Mitglieder gehören ihr an (soweit die Parteizugehörigkeit öffentlich bekannt ist). Die SPD kommt auf fünf Mitglieder, davon sind drei Gewerkschafter mit eher konservativen Positionen. Einige der Kommissionsmitglieder sind als Kohlelobbyisten bekannt, andere sind klimapolitisch ein unbeschriebenes Blatt. Einige treten für einen raschen Kohleausstieg ein.⁷

2. Stellungnahme zum sechsten Monitoringbericht der Bundesregierung Deutschland für das Berichtsjahr 2016. Mit gut halbjährlicher Verspätung legte die Bundesregierung nun den neuesten Bericht zur Energiewende vor.⁸ Dessen Quintessenz: Um das Klimaziel für 2030 noch zu erreichen, müsste Deutschland seine jährlichen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um Faktor drei stärker senken als in den vergangenen 17 Jahren.

Besonders interessant ist eine Stellungnahme einer Expertenkommission dazu, die den Monitoringbericht evaluierte⁹, bestehend aus den Energieexperten Georg Erdmann, Andreas Löschel, Frithjof Staiß und Hans-Joachim Ziesing. Sie lässt am Umfang der notwendigen Korrekturen der deutschen Klimapolitik keinen Zweifel.

So konstatieren die vier Sachverständigen nicht nur, dass das 2020-Ziel der Bundesregierung – bezüglich der Minderung der Treibhausgase – "deutlich verfehlt" werde. Das mache es ihrer

⁶ <https://www.klimareporter.de/europaische-union/merkel-und-macron-fuer-hoehere-eu-klimaziele>

⁷ <https://www.klimareporter.de/deutschland/das-sind-die-mitglieder-der-kohlekommission>

⁸ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/sechster-monitoring-bericht-zur-energiewende.pdf?__blob=publicationFile&v=18

⁹ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/stellungnahme-der-expertenkommission-zum-sechsten-monitoring-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=8

Auffassung nach sehr schwer, die CO₂-Emissionen bis 2030 wie geplant um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken, auf dann nur noch rund 560 Millionen Tonnen.

Denn dazu müssten, wie gesagt, von 2017 bis 2030 die Emissionen jedes Jahr um rund 26 Millionen Tonnen CO₂ (eben "dreimal stärker") reduziert werden als von 2000 bis 2017; in diesem Zeitraum seien jährlich nur rund acht Millionen Tonnen eingespart worden.

Die „Stellungnahme“ ist umfangreich und detailliert und sie besticht auch durch viele anschauliche Tabellen, Kurven und Grafiken.